

# Jahresrückblick

Allem voran wünscht die Redaktion des POLIZEISPIEGELS allen Leserinnen und Lesern ein gesundes, schönes und erfolgreiches Jahr 2018.

Das Jahr 2017 war ein unglaublich intensives und ereignisreiches Jahr für die DPoIG, welches von einer enormen Geschwindigkeit politischer Entscheidungen geprägt war.

Es stellt gewissermaßen einen in sich bestehenden Widerspruch dar, dass die Politik einerseits immer schnelllebiger und die Umsetzung politischer Beschlüsse hingegen immer behäbiger wird. Zumindest kann man in vielen Fällen den Eindruck gewinnen, dass dies so ist. Daher hat sich die Redaktion des POLIZEISPIEGELS dazu entschlossen, aus den einzelnen Ausgaben des vergangenen Jahres wichtige Themen herauszugreifen, um einerseits darzustellen, was sich im vergangenen Jahr konkret ereignet hat, und andererseits zu hinterfragen, was denn aus verschiedenen politischen Ankündigungen konkret geworden ist.

## ► Ausgabe 1/2 (Januar/Februar)

Das Jahr 2017 begann für die Polizei NRW – insbesondere für die Kräfte der Bereitschaftspolizeieinheiten – ausgesprochen schwierig. Nicht nur, dass alle geschlossenen Einheiten sowie alle anderen operativen Kräfte sowie die Direktionen Verkehr (V) und Kriminalitätsbekämpfung (K) in den jeweiligen Kreispolizeibehörden mit jeweils maximal verfügbarer Einsatzstärke Dienst versehen mussten.

Vielmehr ergaben sich neben den schwierigen Einsatzlagen in Köln und anderswo auch noch weitere Herausforderun-



► Hauptbahnhof Köln

gen mit einem weiteren und zudem sehr mächtigen Gegner: der Politik.

Nachdem sich in Köln, trotz der massiven Polizeipräsenz, Tausende junge Männer, die überwiegend aus dem nordafrikanischen Raum stammten, am Hauptbahnhof Köln einfanden, entschied sich die Polizeiführung vor Ort, diese Gruppe nicht unkontrolliert in den Bereich der Domplatte zu lassen.

An dieser Stelle muss noch einmal daran erinnert werden,

dass es im Jahr 2015 insbesondere nordafrikanische Intensivtäter waren, die sich auf den Weg nach Köln machten, um dort massenweise Vergewaltigungen und Raubtaten zu begehen. Dies konnten die Kollegen im vergangenen Jahr durch ihr beherztes Vorgehen verhindern. Aber statt eines großen Zuspruchs ernteten die Kolleginnen und Kollegen, die sich nach mehr als 15 Stunden Einsatz wieder auf den Weg zu ihren Heimatbehörden und anschließend nach Hause machten, den Vorwurf der

Bundesvorsitzenden der Grünen (Simone Peter), sie hätten sich rassistisch verhalten. Der Publizist Jakob Augstein stach mit einer besonderen Geistesleistung aus dem Einheitsbrei linkspopulistischer Polizeikritik hervor, indem er kolportierte, dass die Kölner Innenstadt im Jahr 2015 ein rechtsfreier Raum und im Jahr 2016 ein grundrechtsfreier Raum gewesen wäre. Der ernst zu nehmende Teil der Politik und der überwältigende Teil der Gesellschaft indes bewerteten den Polizeieinsatz vollkommen anders. Lange bekam die Polizei nicht mehr einen so großen Zuspruch wie nach dem Silvestereinsatz. Die politische Linke läutete durch ihre Pauschalkritik an der Polizei einen beispiellosen Rückgang in der Zustimmung der Bevölkerung im Wahljahr 2017 ein.

## ► Ausgabe 3 (März)

Mehr als zehn Jahre hat die DPoIG NRW für die Beschaffung eines Distanzelektroimpulsgerätes gekämpft. Immer wieder wurde ihr die kalte Schulter gezeigt. In Expertenanhörungen im Innenausschuss sah sie sich sogar immer wieder der abschlägigen Expertise der GdP NRW ausgesetzt – so konnte dieses enorm wichtige Einsatzmittel natürlich nie ein- >

### Impressum:

Redaktion:  
Sascha Gerhardt (v. i. S. d. P.)  
Tel. 0163.1597230  
E-Mail: [redakteur@dpolg-nrw.de](mailto:redakteur@dpolg-nrw.de)  
Landesgeschäftsstelle:  
Graf-Adolf-Platz 6  
40213 Düsseldorf  
Tel.: 0211.93368667  
Fax: 0211.93368679  
Internet: [www.dpolg-nrw.de](http://www.dpolg-nrw.de)

ISSN 0723-1822



geführt werden. Dann kam es im Februar 2017 zu einer ungeahnten Wende. Die in innenpolitischen Fragen nahezu komplett runderneuerte FDP-Fraktion stellte einen Antrag zur probeweisen Einführung des „Tasers“ und nährte damit die Hoffnung, dass nun doch noch eine entscheidende Wendung in dieser Angelegenheit eintreten könnte.

In der anschließenden Expertenanhörung bot die DPoIG den kritischen Fragen des Regierungslagers die Stirn und widerlegte in einem beinahe einstündigen Statement jede Kritik an der Einführung.

Dennoch fiel der Antrag der FDP bei der Abstimmung im Landtag durch. Eine Einführung würde nun ausschließlich durch einen Regierungswechsel zu erzielen sein – im März 2017 war dies aber noch eine völlig abwegige Vorstellung.

#### ➤ Ausgabe 4 (April)

Im März kam es zu einer weiteren Anhörung zu einer Gesetzesinitiative der FDP-Fraktion im Landtag von NRW. Die kleine Partei lief kurz vor Ende der Legislaturperiode offenbar zur Hochform auf und setzte die Regierung durch zahlreiche Gesetzesinitiativen unter Druck. Konkret ging es im März darum, die Überstunden der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vor Verfall zu schützen. Die FDP formulierte bereits damals den später im Koalitionsvertrag erneuerten Leitsatz, der Polizei den nötigen Respekt entgegenzubringen. Die Landesregierung sollte durch die Initiative konkret dazu gezwungen werden, in der Personaleinstellung mehr Ambitionen an den Tag zu legen. Letztlich scheiterte auch dieser Antrag, welcher von der DPoIG NRW in der Expertenanhörung im Haushaltsausschuss des Landtages unterstützt wurde, durch die Mehrheit von SPD

und Grünen im Parlament. Auch hier blieb nur die Hoffnung, dass ein Regierungswechsel für die Durchsetzung sorgen könnte – im April kam in die demoskopischen Umfragen Bewegung, sodass ein Regierungswechsel plötzlich doch noch möglich schien.

#### ➤ Ausgabe 5 (Mai)

Eine Initiative der DPoIG NRW wurde im April durch das Innenministerium bewilligt. Die Unterziehschutzwesten sollten endlich den Bedürfnissen der Bediensteten des Wachdienstes angepasst und zu taktischen Westen umgestaltet werden können.

Die DPoIG erhofft sich hierdurch erhebliche Verbesserungen bei der Akzeptanz der Westen, die vielen Kollegen unkomfortabel erscheinen und daher nicht getragen werden.

#### ➤ Ausgabe 6 (Juni)

Den JAV-Wahlen und den vielen guten Kandidatinnen und Kandidaten der JUNGEN POLIZEI hat der POLIZEISPIEGEL einen großen Teil seiner Aufmerksamkeit in der Juniausgabe gewidmet.

Der Wahlkampf wurde mit großem Engagement geführt. Die Ergebnisse konnten aber leider nicht überall zufriedenstellen. In Münster konnte allerdings eine starke Persönlichkeit der JUNGEN POLIZEI punkten: Maik Bovenkerk wurde zum Vorsitzenden der JAV Münster gewählt.

#### ➤ Ausgabe 7/8 (Juli/August)

Noch vor der Sommerpause konnte der Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung unterzeichnet werden. Der POLIZEISPIEGEL berichtete über eine deutliche Stärkung der inneren Sicherheit in NRW. Es gelang in der Tat, nahezu alle wichtigen

Themen der DPoIG NRW der letzten Jahre auch im Koalitionsvertrag unterzubringen. Stellvertretend seien hier die deutliche Anhebung der Einstellungszahlen auf 2 300 Polizeibeamtinnen und -beamten sowie die 500 zusätzlichen Tarifstellen angeführt, welche endlich auch der DPoIG-Forderung nach Einstellung von Realschülern bei der Polizei zum Durchbruch verhelfen. Abschaffung des Verfalls der MD-Stunden, Abschaffung der Kennzeichnungspflicht der Bereitschaftspolizei, probeweise Einführung eines Distanzelektroimpulsgerätes, Ausstattungsoffensive (zum Beispiel Tablets auf den Funkwagen), Einführung automatisierter Kennzeichenerfassungssysteme, Verankerung der elektronischen Fußfessel im Polizeigesetz, Abschaffung der Frauenförderung nach § 19 (6) LBG NRW, ...

Dass den hehren Worten auch Taten folgen, bewies die Landesregierung sogleich. Die ersten Initiativen sollten vertrauensbildende Maßnahmen sein. So wurde direkt zu Beginn die Abschaffung der Kennzeichnungspflicht beschlossen. Auch bei der Einstellung der neuen Kolleginnen und Kollegen hat die Landesregierung Wort gehalten.

Im Kontrast zu den politischen Erfolgen müssen allerdings die Ereignisse rund um den G-20-Gipfel betrachtet werden. Über 470 Einsatzkräfte werden verletzt und der gesellschaftliche Schaden, den dieses Ereignis bis heute nach sich zieht, ist immens. Und auch hier zeigte sich, dass die Parteien des linken Spektrums (Linkspartei, Grüne und in Teilen auch die SPD) der Polizei in den Rücken fielen und den Beamtinnen und Beamten die Schuld für die Eskalationen zuwiesen. Ebenfalls wurde deutlich, dass die Aussage der DPoIG, dass die Bekämpfung jedwedem Extremismus zu

den wichtigsten Aufgaben von Politik und Sicherheitsbehörden zählt, da der politische Extremismus staatsgefährdende Ausmaße angenommen hat, zu einer unumstößlichen Wahrheit geworden ist.

#### ➤ Ausgabe 9 (September)

In der Septemberausgabe konnten sich die Leser des POLIZEISPIEGELS davon überzeugen, dass die Landesregierung in ihrem Tempo, notwendige Veränderungen auch umzusetzen, nicht nachließ.

So befand sich der Gesetzesentwurf zur Aufhebung der verfassungswidrigen Frauenförderung nach § 19 (6) LBG bereits im August im parlamentarischen Verfahren, und die DPoIG NRW konnte sofort im Rahmen einer Expertenanhörung den Fachpolitikern ihre Haltung zum Thema darstellen.

So wurde sehr schnell klar, dass die Frauenförderung im Kern natürlich nicht infrage gestellt wird. Sie muss aber verfassungskonform ausgestaltet sein und darf das Leistungsprinzip nicht ad absurdum führen.

#### ➤ Ausgabe 10 (Oktober)

Die Umsetzung einer Maßnahme, die von der alten Landesregierung beschlossen und ganz alleine von der DPoIG NRW initiiert wurde, konnte der POLIZEISPIEGEL im Oktober 2017 vermelden:

Der Trageversuch der taktischen Hüllen für die ballistische Schutzweste wurde gestartet. Inzwischen ist klar, dass die flächendeckende Einführung nach entsprechendem ermitteltem Änderungsbedarf im April 2018 vorgesehen ist – ein toller Erfolg der DPoIG NRW, der nun allen Kolleginnen und Kollegen zugutekommt.



© DPolG-KV Münster

> Von der DPolG gefordert und nun umgesetzt: die taktische Weste.

**Ausgabe 11 (November)**

Eine weitere Ankündigung der Landesregierung wird in die Tat

umgesetzt. Im Koalitionsvertrag wurde eine Null-Toleranz-Strategie gegenüber parallelsellschaftlichen Strukturen,

wie sie im Bereich der organisierten Kriminalität nahezu immer zu beobachten sind, festgeschrieben.

Mit dem Verbot der Erkrather Hells-Angels-Organisation MC Concrete und Clan 81 Germany setzt Innenminister Reul dies auch konsequent um. Gerade diese nun verbotene Organisation setzte in der näheren Vergangenheit unter anderem auf eine offene Konfrontation mit der Polizei, die zum Teil erhebliche Verletzungen für Kolleginnen und Kollegen im Landrat Mettmann zur Folge hatte. Das Verbot war dringend geboten und insofern folgerichtig.

**Ausgabe 12 (Dezember)**

Lange Zeit wurde von der DPolG gegen den Widerstand der Poli-

tik und einer mitbewerbenden Organisation die Einführung einer elektronischen Krankenkarte gefordert. Die antiquierte Form der Krankenscheine sollte endlich der Vergangenheit angehören. Im Dezember 2017 war es dann endlich so weit: Die Krankenkarte wurde eingeführt. Beinahe hatte niemand mehr mit einer Umsetzung im abgelaufenen Jahr gerechnet, als dann doch noch, vollkommen unverhofft, die Karten ausgegeben wurden.

Durch die Karten erhöht sich der Komfort für die Kolleginnen und Kollegen erheblich. Die Einführung macht deutlich, dass es sich durchaus lohnt, für Ziele zu kämpfen. Auch wenn der Kampf manchmal über Jahre geführt werden muss.

## DBB Jahrestagung – der öffentliche Dienst verändert sich

Hochkarätige Diskussionen zu elementaren Politikfeldern und mit Spitzenpolitikern gespickte Gesprächsrunden kennzeichneten den Jahresauftakt für den DBB.

Am 8. und 9. Januar 2018 fand in Köln die DBB Jahrestagung statt. Die Veranstaltung lockte zahlreiche Vertreter aus Wirtschaft und Politik in die Rheinmetropole. Schließlich galt es in Angesicht der vielen Delegierten der Organisationen des DBB (darunter natürlich auch die DPolG) die Positionen der Parteien und der Wirtschaft zu den wichtigen Zukunftsthemen zu präsentieren und gegebenenfalls zu verteidigen. Erich Rettinghaus (Landesvorsitzender DPolG NRW) nahm als Vorstandsmitglied des DBB NRW an der Tagung teil.

**Interessante und hochkarätig besetzte Podiumsdiskussionen**

Um den Diskurs interessant und anschaulich zu gestalten, scheute der DBB keine Mühen. So konnte unter anderem Dunja Hayali als Moderatorin für Podiumsdiskussionen gewonnen werden, an denen unter anderem Boris Palmer (Bündnis 90/Die Grünen – Oberbürgermeister von Tübingen) und Christian Lindner (Bundsvorsitzender FDP und Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion) teilnahmen.

An Themen, mit denen die Diskutanten konfrontiert werden konnten, mangelte es sicher nicht.

So wurden alle wichtigen Zukunftsfragen des politischen Spektrums beleuchtet – viele davon wirken sich unmittelbar auf die Tätigkeiten des öffentlichen Dienstes aus (dieser muss die bestehenden Gesetze schließlich umsetzen).

**Bunter Mix von allgemeiner Politik bis zu speziellen Themen des öffentlichen Dienstes**

Frau Hayali ließ es sich natürlich nicht nehmen, Herrn Palmer und Herrn Lindner mit den gescheiterten Jamaika-Sondierungsgesprächen zu konfrontieren.

Herr Palmer äußerte sofort sein Unverständnis zu den gescheiterten Gesprächen und gab an, dass seine Partei sich in vielen Fragen maximal aus dem Fenster gelehnt habe und

sogar bereit gewesen wäre, die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, um so die Grundlage einer schnellen Rückführung vieler krimineller Flüchtlinge zu gewährleisten.

Herr Lindner entgegnete an dieser Stelle, dass er bei den Grünen diesbezüglich gar keine Bewegung erkennen konnte, denn man sehe ja gerade in der Realpolitik des Bundestages, dass die nicht einmal bereit seien, die Fortsetzung der Aussetzung des Familiennachzugs, wie es bisher vereinbart war, zu gewährleisten.

Insgesamt seien die Differenzen bei entscheidenden Politikfeldern wie Europapolitik (keine Vergemeinschaftung der Schulden der Mitgliedstaaten), Föderalismusreform (Bildungsföderalismus führt die Länder und Kommunen durch die zukünftige Schuldenbremse an den Rand der Leistungsfähigkeit und schadet nach Meinung Lindners dann der Bildungsqua-



lität) sowie bei vielen anderen Themen so groß gewesen, dass eine Koalition nicht verantwortbar gewesen wäre.

## ■ Reizthema Bürgerversicherung mit überraschenden Einblicken

Im gleichen Kontext kam das für den öffentlichen Dienst so fundamentale wichtige Thema der „Bürgerversicherung“ – einer Vereinheitlichung des Gesundheitswesens unter Aufgabe der privaten Krankenversicherungen (PKV) zur Sprache. Diese Bürgerversicherung wird seit Beginn der Diskussion des Modells vom DBB und nicht zuletzt von der DPolG wegen der damit verbundenen Kosten und Risiken sowie der zu erwartenden Verschlechterung der medizinischen Versorgung konsequent abgelehnt.

Frau Hayali stellte die Frage, ob eine Bürgerversicherung, die seit circa 15 Jahren immer wieder von Linkspartei, Grünen und SPD gefordert wird, fundamentale Verbesserungen bringen würde.

Herr Palmer sieht insgesamt in einer Bürgerversicherung eine Chance, das Gesundheitssystem zu verbessern. Er gibt aber letztlich auch zu bedenken, dass die Umstellung des bestehenden Systems in ein Einheitssystem mit sehr hohen Kosten verbunden wäre und daher momentan eher abzulehnen sei, auch wenn seine Partei das gemäß Programm anders sehe.

Herr Lindner lehnt die Bürgerversicherung kategorisch ab. Nach seiner Einschätzung kommt es in einer Bürgerversicherung in der Tat zu einer Vereinheitlichung der Versicherungsleistung. Diese Versicherungsleistung macht aber nichts besser. Stattdessen wird es nach seiner Auffassung für alle einheitlich schlechter. Neben den deutlich herabgesetz-

ten Versicherungsleistungen wäre nach Lindner zu erwarten, dass viele Tausend Arztpraxen, die sich momentan noch durch Existenz der Privatversicherungen, deren Leistungen höher abgerechnet werden, wirtschaftlich über Wasser halten, bei Einführung einer Bürgerversicherung schließen müssten. Die gesetzlich versicherten Menschen profitieren insofern von der Existenz der privaten Krankenversicherungen, da hier durch Quersubventionen die medizinische Versorgung in der Breite gesichert wird.

An dieser Stelle muss angeführt werden, dass hier wahrscheinlich für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes durch die Absage an eine Jamaika-Koalition die größten „Gefahren“ drohen, denn die SPD wird im Rahmen von Koalitionsverhandlungen nichts unversucht lassen, ihre Idee der Bürgerversicherung politisch zu realisieren. Da die Zukunft der gegenwärtig geschwächten Kanzlerin offenbar sehr von dem Zustandekommen einer Großen Koalition abhängt und Prinzipienfestigkeit in der letzten Legislaturperiode nicht gerade zur den Paradedugenden Mer-

kels erklärt werden konnte, ist nicht auszuschließen, dass die CDU einer Einführung der Bürgerversicherung letztlich zustimmt.

Die DPolG wird an der Seite des DBB weiterhin alles unternehmen, um diesen Weg, der zu einer drastischen Verschlechterung der Versorgungsleistung und auch der Kostensituation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst führen wird, zu verhindern.

## ■ Längere Lebensarbeitszeit für Polizeivollzugsbeamte?

In einem Nebensatz erwähnte Herr Palmer, dass es für ihn nicht verständlich sei, wieso die Polizei mit 60 Jahren (hier war er nicht richtig über das Pensionsalter in NRW [62 Jahre] informiert) in den Ruhestand geht. Die Grenze von 67 Jahren halte er für richtig, und in Baden-Württemberg habe man gerade die Grenze für Oberbürgermeister auf 75 Jahre festgelegt – was er außerordentlich begrüße, da er seinen Beruf sehr gerne ausübe.

Unberücksichtigt bleibt bei Herrn Palmer, dass die Polizei-

vollzugsbeamten in der Regel über einen sehr langen Zeitraum Schichtdienst leisten und zudem einen psychisch und physisch über alle Maßen hoch belastenden Beruf ausüben, der die Kolleginnen und Kollegen oft schon im Alter von 62 Jahren überfordert. Diese Aussage wird daher von der DPolG NRW entschieden zurückgewiesen!

An anderer Stelle weist Herr Palmer allerdings auf einen Umstand hin, der von der DPolG auch bereits seit Jahren – gerade erst im Rahmen der Anhörung im Finanzausschuss des Landtages – NRW kritisiert wird. Herr Palmer kritisierte den unverantwortlichen Umgang mit der Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst. Bei der Polizei in NRW konnten zwar gerade Erfolge im Zuge neuer und insbesondere zusätzlicher Einstellungen erzielt werden. Damit ist aber erstens nicht das Dilemma anderer Felder des öffentlichen Dienstes in NRW behoben. So sind zahlreiche Lehrerstellen sowie Funktionen in den Kommunen unbesetzt, weil Fachpersonal nicht nachbesetzt werden kann. Aber auch in den Polizeibehörden fehlen zahlreiche



© Heigel



Spezialisten, weil sich der öffentliche Dienst insbesondere bei den Verwaltungsbeamten in NRW selbst kannibalisiert! Die mangelnde Zahl der Ausbildungsstellen wirkt sich gerade bei den Spezialisten massiv aus. Die bescheidenen Karrierechancen der Verwaltungsbeamten in den Polizeibehörden tragen zusätzlich dazu bei, dass viele Stellen nicht oder nicht adäquat durch Fachleute besetzt sind. Insofern trifft Palmer den Nagel auf den Kopf, wenn er sagt, dass die Politik den Betrieben der Privatwirtschaft klare Regeln vorgibt, wie viel Stellen sie schaffen müssen, während die Politik im eigenen Verantwortungsreich – dem öffentlichen Dienst – diesbezüglich eher versagt.

#### ► Politik muss öffentlichen Dienst stärken, statt ihm in den Rücken zu fallen

Christian Lindner machte insbesondere im Kontext zur Polizei darauf aufmerksam, dass nicht alleine finanzielle Aspekte einen Beruf und speziell den öffentlichen Dienst attraktiv machen. Wenn, wie im Falle von Köln (Silvesternacht) und Hamburg (G-20-Gipfel), die Politik der Polizei in den Rücken fällt, wirkt sich das erheblich auf die Attraktivität des Berufs und die Motivation der Beschäftigten aus. Im gleichen Zusammenhang mahnte er, die Ausstattung des öffentlichen Dienstes stärker in den Fokus zu nehmen, da auch Arbeitsbedingungen die Leistungsfähigkeit massiv beeinflussen.

Frau Hayali stellte dann die Frage, ob die Bezahlung im öffentlichen Dienst nicht deutlich angepasst werden müsse.

#### ► Klares Bekenntnis zum Berufsbeamtentum durch den Bundesvorsitzenden der FDP

Als Antwort formulierte Herr Lindner ein klares Bekenntnis

zum Berufsbeamtentum als tragende Säule der Gesellschaft. Zusätzlich bekräftigte er, dass er die Beamtenschelte wegen der bestehenden Privilegien und der hohen Bezüge im Ruhestand nicht teile, da die Beamten im Vergleich zur Privatwirtschaft im aktiven Dienst deutlich weniger Geld beziehen, was sich allenfalls im Ruhestand ausgleiche.

Dazu führte er aus, dass die Bezüge angemessen sein müssen. Eine Abkopplung von der Gehaltsentwicklung, wie sie in der Regierung Kraft ab der Besoldungsgruppe A 11 (in Teilen) und ab A 13 (komplett) vorgenommen wurde, wurde zurückgewiesen. Schließlich habe die FDP seinerzeit das Besoldungsanpassungsgesetz auch beklagt und gewonnen – was zu einer nachträglichen Anpassung der Besoldung der Beamten geführt habe.

#### ► Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

Ein weiteres Schwerpunktthema wurde durch das Thema „Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung“ in den Fokus des Interesses der Delegierten gerückt.

Neben der Personalgewinnung wird die Digitalisierung das zentrale und alles bestimmende Thema der kommenden Jahre werden.

Nicht zuletzt weil die neue Landesregierung die bestehenden Vorgaben des Gesetzes zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung (E-Government – Gesetz Nordrhein-Westfalen EGovG NRW) neu formuliert und viele Prozesse um fünf Jahre vorgezogen hat, wird klar, dass sich die öffentliche Verwaltung neuen Anforderungen stellen muss. Wer glaubt, dass die Digitalisierung im öffentlichen Dienst bereits weit vorangeschritten ist, weil wir Compu-

ter haben und ein Großteil der Kommunikation über Mails abgewickelt wird, muss an dieser Stelle enttäuscht werden.

#### ► Die Gesellschaft verändert sich rasant – die öffentliche Verwaltung kommt nicht mit

Professor Dr. Ulli Meyer, Staatssekretär im Finanzministerium des Saarlandes, machte an einem einfachen Beispiel deutlich, wie sich die Welt und damit auch die Erwartungen der Menschen in den vergangenen Jahren verändert haben. Er stellte in einem Impulsvortrag die einfache Frage, welche App während der Fußball-WM 2006 am meisten heruntergeladen wurde.

Die Antwort darauf war einfach und ist heute geradezu unvorstellbar. Keine einzige! Denn es gab zur damaligen Zeit noch keine Smartphones. Das iPhone wurde erst nach der WM in den Markt eingeführt. An diesem banalen, aber sehr verblüffenden Beispiel wird deutlich, wie sich die Welt in den letzten Jahren seit Einführung dieser elektronischen Geräte verändert hat. Im Privatleben ist die Digitalisierung bereits unaufhaltsam vorangeschritten – im öffentlichen Dienst aber benutzt man immer noch überwiegend die gleichen Instrumente, die auch 2006 bereits vorhanden waren – mit Ausnahme des Digitalfunks bei der Polizei, denn dieser kam erst deutlich nach 2006. Allerdings wurde er mit Geräten eingeführt, die auch 2006 bereits als antiquiert bezeichnet worden wären ...

Die Welt hat sich um den öffentlichen Dienst herum also in den letzten zwölf Jahren drastisch verändert. Das führt auch zu einer anderen Erwartungshaltung der Menschen in Bezug auf die öffentlichen Dienstleister. Und auch die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst erwarten natürlich in ihrem privaten Um-

feld, zum Beispiel beim Erwerb von Produkten, elektronische Abwicklungsmöglichkeiten, die es vor zwölf Jahren natürlich noch nicht gab. Heute muss dies auf Knopfdruck realisierbar sein.

Diese Erwartungshaltung haben die Menschen inzwischen in allen Lebensbereichen. Im öffentlichen Dienst klaffen Realität und Anspruch allerdings noch weit auseinander.

Insofern ist dringender Handlungsbedarf gegeben, denn die Zyklen der Veränderungen werden immer kürzer. Das führt sehr deutlich vor Augen, dass wir uns nicht der Digitalisierung entziehen können – sie ist da und lässt sich nicht mehr umkehren.

Das ist auch dem DBB und der DPoIG vollkommen bewusst. Als Gewerkschaft fällt ihr in diesem Prozess natürlich eine ganz besondere Verantwortung zu. Einerseits müssen wir darauf bedacht sein, dass die Prozesse rund um die Digitalisierung auch mit hochwertiger und angemessener Ausstattung vollzogen werden, und zugleich müssen wir erreichen, dass die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst nicht überfordert und auch entsprechend qualifiziert werden.

Gerade die aktuellen Veränderungen im Bereich der Digitalisierung in der Landesverwaltung machen deutlich, dass der DBB und die DPoIG ausgesprochen wachsam sein müssen, dass die Behörden auch die auf sie zukommenden Veränderungen umsetzen können.

Betrachtet man zum Beispiel die Einführung von De-Mail bei den Polizeibehörden (Zugang bei allen Landesbehörden seit 1. Januar 2018 Pflicht), so wird deutlich, dass man den Prozess rund um das EGovG von Gewerkschaftsseite dringend ganz eng begleiten muss.



Es darf nicht sein, dass gesetzliche Vorgaben ohne Vorbereitung der Polizeibehörden und auch der Oberbehörden umgesetzt werden, wie es eben bei der oben genannten Maßnahme der Fall war.

Dies wirft ein schlechtes Licht auf den bevorstehenden Prozess der Digitalisierung. Die Beschäftigten müssen dringend mitgenommen und in die Prozesse eingebunden werden. Aber auch die Behörden sind aufgefordert, den Prozess vorzubereiten und mitzugestalten. Es nutzt nichts, einfach nur regungslos zu verharren und darauf zu warten, dass von den Ober-

behörden die Vorgaben gemacht werden. Die Vorgaben und der damit verbundene Zeitstrahl sind schließlich jedermann bekannt. Daher können und sollten die Behörden sich entsprechend bereits jetzt mit den jeweiligen Erfordernissen zur Umsetzung auseinandersetzen.

Jeder weiß, dass zum Beispiel die elektronische Akte am 1. Januar 2022 verpflichtend eingeführt wird. Das papierlose Büro wird definitiv Realität. Also müssen sich die Behörden bereits jetzt mit den für sie wichtigen Fragestellungen befassen. Hierzu gehört auch der Prozess der Digitalisierung der Akten.

Wahrscheinlich gehen viele davon aus, dass dies zugleich eine Art Aufgabe sei, welche mal eben neben der bestehenden Sachbearbeitung von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erledigt wird.

Neben der Frage nach dem Personal, welches die Aufgabe realisieren soll, ist die Frage nach dem Zeitraum, in welchem der Digitalisierungsprozess zu vollziehen ist, zu stellen.

Zudem muss man sich intensiv mit der technischen Infrastruktur auseinandersetzen, welche für eine komplette Digitalisierung erforderlich ist.

Bei der Einführung von EPOS NRW, welches am 2. Januar 2018 an den Start gegangen ist, fällt auf, dass der gesamte Arbeitsprozess in EPOS bereits bei der Einführung antiquiert ist. Schließlich haben wir mehrere Medienbrüche zu beklagen. Dies ist im Zeitalter der Digitalisierung eigentlich unmöglich. Es ist aber Ausdruck dafür, dass wir infrastrukturell noch lange nicht dort sind, wo wir im Vorfeld der Prozesse des EGovG eigentlich stehen müssten.

Als Berufsvertretung nehmen wir die Verantwortung für die Kolleginnen und Kollegen an und werden den Prozess sehr eng und konstruktiv begleiten. ■

## NRW-Abend des DBB – Impressionen

Der NRW-Abend des DBB bot viele Gelegenheiten für gute Gespräche.

Viele Politiker – unter anderem Herr Minister Reul – und Persönlichkeiten unterschiedlicher Branchen, wie zum Beispiel der Intendant des WDR, Tom Buhrow, nutzten die Gelegenheit, mit den Vertretern des DBB Gespräche zu führen. Umgekehrt galt dies natürlich genauso.

So nutzte auch Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der DPoIG NRW, die Gelegenheit zum Austausch unter anderem mit Herrn Minister Reul. ■



© Fiegel (4)



© DPoIG-KV Kleve

> Der Kreisverband Kleve ist mit seiner Mannschaft für die zukünftigen Herausforderungen gut gerüstet.

## Jörg Keßler als Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) des Kreisverbandes Kleve wiedergewählt!

Am 8. November 2017 fand die diesjährige Jahreshauptversammlung des DPoIG-Kreisverbandes Kleve statt.

Der Einladung des Vorstandes in das Bürgerhaus in Weeze, waren zahlreiche Mitglieder gefolgt.

Der Dank des Vorsitzenden Jörg Keßler galt daher auch zunächst den anwesenden Kolleginnen und Kollegen, für ihr zahlreiches Erscheinen.

Der Vorsitzende berichtete über die Aktivitäten und Ereignisse

im abgelaufenen Geschäftsjahr ...

Bei den anschließenden Vorstandswahlen wurde Jörg Keßler einstimmig zum Vorsitzenden des DPoIG-Kreisverbandes wiedergewählt. Stefan Irsen bekam als stellvertretender Vorsitzender ebenfalls das Votum aller Anwesenden. Der bisherige Zweite Vorsitzende, Peter Feldbrügge, trat freiwillig von dieser Position zurück, da er im geschäftsführenden Landesvorstand der DPoIG stark eingebunden ist. Als Kassierer stand er jedoch zur Wahl und erhielt

ebenfalls alle Stimmen. Als Zweiter Kassierer wurde Uwe Ludwig bestätigt. Neue Schriftführerin wurde Sonja Schönborn, Ivonne Hellwig wurde zur Zweiten Schriftführerin gewählt. Auch die Wahl der Schriftführerinnen erfolgte einstimmig.

Den Vorstand komplettieren die Beisitzer Stefan Picker, Holger Tenhaft, Harald van Heek, Christian Simmes, Lisa Weiss, Johann Jansen, Rainer Klein und Lea Verfers, die gleichzeitig Ansprechpartnerin für die JUNGE POLIZEI (Nachwuchsorganisation der DPoIG) wird.

Jörg Keßler bekundete, dass der DPoIG-Kreisverband eine starke Mannschaft aufbieten kann, sodass die bevorstehenden Aufgaben bewältigt werden können und insbesondere die Mitgliederbetreuung in guten Händen ist.

Die Redaktion des POLIZEI-SPIEGELS beglückwünscht die gewählten Vertreter des KV Kleve und wünscht dem neuen Vorstand viel Freude und Erfolg bei der Bewältigung der bevorstehenden Aufgaben.



## Gut besuchte Jahreshauptversammlung – Michael Wenz blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück

Am 12. Dezember 2017 fand traditionsgemäß im Sportlerheim des PSV Wuppertal die Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes der DPoIG Wuppertal statt.

Erfreulicherweise waren auch in diesem Jahr neben vielen aktiven Kollegen zahlreiche Pensionäre zugegen. Das eröffnete die Gelegenheit für zahlreiche Gespräche, welche in den Unterbrechungen der Tagesordnung geführt werden konnten. Diese interessante Mischung aus Erfahrungen der Vergangenheit und den Gegebenheiten der Gegenwart brachten für alle Beteiligten tolle Erkenntnisse hervor. Junge Kollegen erfuhren interessante Geschichten aus einer doch etwas ruhigeren Zeit, während die pensionierten Kollegen mit großem Respekt zur Kenntnis nehmen konnten, welche Herausforderungen heute für die Polizei und ihre Beschäftigten zu bewältigen sind.

Der Kreisvorsitzende Michael Wenz blickte auf ein überaus erfolgreiches Jahr für den Kreisverband zurück.

Das fing bei der Betrachtung der Mitgliederzahlen an. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten die Mitgliederzahlen im Kreisverband Wuppertal gesteigert werden. Allerdings stellte Michael Wenz auch fest, dass die DPoIG durchaus noch Steigerungspotenzial hat. Hier muss im nächsten Jahr angesetzt werden.

Insbesondere in der Personalratsarbeit konnte die DPoIG durch die Steigerung ihrer Mandate Akzente setzen. Und das nehmen die Kollegen in Wuppertal auch wahr. Das kann an vielen Gesprächen, welche auch mit Angehörigen anderer Berufsvertretungen, aber auch mit Kollegen, die (noch) nicht gewerkschaftlich organisiert sind, identifiziert werden. Michael Wenz hob aber die insgesamt offene Gesprächsatmosphäre, welche im Personalrat über die Gewerkschaftsgrenzen hinweg besteht, hervor. Das eröffnete auch die Möglichkeit, eigene Ideen in das Gremium zu tragen, und diese trotz personeller Minorität durchzusetzen.

So konnte die langjährig durch die DPoIG geäußerte Position nach größerer Transparenz der

Personalratsarbeit endlich umgesetzt werden. Diese Forderung führt nun dazu, dass sich jeder Mitarbeiter der Behörde genauestens über alle Entscheidungen des Personalrates informieren kann.

Aber die DPoIG hatte neben der erfolgreichen Personalratsarbeit noch eine Menge weiterer Aktivitäten, auf welche Michael Wenz in seinem Bericht verweisen konnte.

Stellvertretend seien hier Hinweise auf die Begrüßung der neuen Kolleginnen und Kollegen am 1. September 2017, die Unterstützung des Teams 110 beim Firmenlauf, die Unterstützung der Blaulichtparty durch die Kreisjugendleiterin und das Konzert der Gruppe Brings in der Uni-Halle gegeben.

Insbesondere die Präsentation der Gruppe Brings in Wuppertal brachte der DPoIG eine große Aufmerksamkeit innerhalb und außerhalb des Kreises der Beschäftigten im PP Wuppertal. Daher denkt der Kreisverband darüber nach, auch im nächsten Jahr ein Konzert zu präsentieren.

Um zukünftig noch besser aufgestellt zu sein, wenn am 1. September 2018 die neuen Kolleginnen und Kollegen ihren Dienst in Wuppertal antreten, wird direkt zu Beginn des Jahres 2018 eine Vorstandssitzung die Jahresziele definieren und die Verantwortlichkeiten festlegen.

Michael Wenz ist sicher, dass die DPoIG dann gut gerüstet das Jahr 2018 meistern wird.

